

24.02.2011

RESOLUTIONSANTRAG

der Abgeordneten Edlinger und Sulzberger

zum NÖ Energiebericht 2009, Bericht über die Lage der Energieversorgung in
Niederösterreich, LT-642/B-42/2-2010

betreffend **Bekanntnis für mehr erneuerbare Energie und ein offensiveres
Ökostromgesetz**

Das Land Niederösterreich bekennt sich zu den Zielen des Klimaschutzes (NÖ Klimaprogramm 2009 – 2012) und damit zum offensiven Ausbau der Stromerzeugung aus Erneuerbarer Energie. Ein wesentlicher Bestandteil einer effizienten Klimaschutzpolitik ist ein wirksames Ökostromgesetz. Seit Jahren werden auf Bundesebene Reformen des Ökostromgesetzes diskutiert. Mehrere Novellen haben zu einer Stop-and-go- Situation im Förderregime geführt.

Für Investoren bildet das Ökostromgesetz keinen langfristig planbaren und verlässlichen Rahmen um verstärkt mit Projekten aktiv zu werden. Darüber hinaus sind die finanziellen Mittel im Ökostromgesetz so eng bemessen, dass sich bei der Ökostrom-Marktabwicklungsstelle (OeMAG) lange Wartelisten angesammelt haben: Investoren, die heute mit einem Projekt im Bereich Windkraft, Biomasse oder Biogas um Tarifförderung ansuchen, finden sich auf der Warteliste im Jahr 2015 wieder. Im Bereich der Photovoltaik-Förderung müssten Förderwerber im aktuellen System mehr als 10 Jahre auf Unterstützung warten.

Als Argument für die defensive Ausrichtung des Ökostromgesetzes wird häufig der Konsumentenschutz ins Treffen geführt. Durch die Ökostrom-Umlage steigen die Stromkosten für die Konsumenten zu stark. Die Praxis zeigt ein anderes Bild, wie aktuelle Zahlen der Österreichischen Energieagentur beweisen:

- Demnach stiegen die Preise für Heizöl im Jahr 2010 um 22,5 %.
- Der Strompreis legte im Jahresschnitt lediglich um 1 % zu.
- Die Ausgaben der Haushalte für Energie stiegen um 30 Euro pro Monat.
- Die Mehrbelastung durch Ökostrom beläuft sich auf lediglich 3 Euro im Monat.

Die Mehrbelastung der Konsumenten durch steigende Rohölpreise schlägt sich aktuell also 10-fach stärker zu Buche als die Ökostrom-Umlage. Ein Festhalten an fossil-atomaren Energieträgern führt die Konsumenten in die Kosten-Falle. Der Landtag von Niederösterreich hat sich in mehreren Sitzungen einstimmig für ein effizientes Ökostromgesetz ausgesprochen und hat dabei sehr konkrete Vorschläge gemacht. Diesen Forderungen wurde bisher leider nicht entsprochen.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung unverzüglich und mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass:

- 1) das österreichische Ökostromgesetz effizienter wird und einen offensiven Ausbau der Erneuerbaren Energie in Österreich zulässt;

- 2) ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit sämtliche bei der OeMAG eingereichte Projekte unverzüglich umgesetzt und die Wartelisten noch im Jahr 2011 vollständig abgearbeitet werden können;

- 3) die Photovoltaik-Förderung für Kleinanlagen (< 5 kWp) im Rahmen des Klima- und Energiefonds solange ausreichend und vorausschauend dotiert wird, als diese Kleinanlagen im Ökostromgesetz keine Berücksichtigung finden.“